

# Sicherungsfläche abgelehnt

## Weingartener Rat fasst Beschluss zum Kiesabbau

Weingarten (ml). Mit einer knappen Mehrheit von zehn Stimmen aus den Reihen der CDU und der WBB zu sieben Stimmen von Grünen, FDP und SPD beschloss der Gemeinderat, der Ausweisung einer weiteren Fläche von knapp sechs Hektar als Vorranggebiet für den Abbau von Kies und Sand innerhalb der nächsten 15 Jahre zuzustimmen. Eine vom Regionalverband darüber hinausgehende Forderung nach Ausweisung einer Sicherungsfläche von rund sieben Hektar für die darauffolgenden 15 Jahre wurde abgelehnt.

Das Gremium bekräftigte damit seinen Beschluss vom November 2011, als die Gemeinde zum ersten Mal gehört wurde. Bereits damals hatte es sich auf einen „Kompromiss“ geeinigt, nur die Fläche „6917-2c“ im Regionalplan zur Erweiterung freizugeben. Bürgermeister Eric Bänziger berichtete aus einer Stellungnahme des Kieswerkbetreibers Scherrieble, der als positive Argumente die Einnahmen für die Gemeinde bei einer Entnahme von 180 000 Tonnen jährlich anführte, den Erhalt der Wasserqualität sowie den Erhalt der Arbeitsplätze. Das bedeutet einen Verlust von mindestens sieben Hektar Wald, der nach dem Landeswaldgesetz wieder ausgeglichen werden muss, was nur auf Kosten von landwirtschaftlichen Flächen

gehen kann. Das war für Landwirt Klaus Holzmüller und die FDP-Fraktion Grund genug, das ganze Vorhaben abzulehnen, um „ein Zeichen zu setzen“. Er sei froh, dass „das Ausgleichsproblem endlich ernst genommen“ werde.

Die Ausgleichsflächen seien auch für die CDU-Fraktion ein Problem, meinte Erich Völker, der sie gern woanders sehen würde. Monika Lauber (Grüne) sagte, der Kies sei eine endliche Ressource, die hier sorglos „im Haushalt verves-

pert“ würde, ohne Rückstellungen zu bilden und ohne „den Nachkommen etwas übrig zu lassen“. Außerdem sei

keine Nachsorge für die Zeit nach dem Baggerbetrieb getroffen.

Mit denselben Argumenten vertrat auch Wolfgang Wehowsky für die SPD-Fraktion die Meinung „auf gar keinen Fall eine Erweiterung“ zuzulassen. Außerdem, meinte er, kollidiere das mit dem ganzen Konzept der Gemeinde, das Gebiet Breitheide um den See als Naherholungsgebiet zu nutzen. Die fehlende Nachsorge für einen „Riesensee“ ließ auch Bettina Lichter für die WBB sagen, „keinen Quadratmeter mehr als 2011 beschlossen“. Ihre Forderung, schon aus dem Jahr 2001, nach Anlage einer Flachwasserzone sei bis heute nicht erfüllt.

---

Entscheidung  
mit knapper Mehrheit

---